



Für ein freies, sicheres, wirtschaftlich starkes und handlungsfähiges Europa

Impulse für die künftige EU-Agenda und das neue Arbeitsprogramm
der Europäischen Kommission – unsere Vorschläge im Überblick

Kurzfassung des Positionspapiers der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 2. Juli 2024

Freiheit und äußere Sicherheit gewährleisten

- Substanzielle Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der EU durch Schaffung einer echten Verteidigungsunion: weitgehend gemeinsame Entwicklung und Beschaffung, Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportregeln, engere Verzahnung der nationalen Streitkräfte, verstärkte Zusammenarbeit in der Rüstungspolitik
- Ukraine weiterhin mit allen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Mitteln unterstützen, damit sie den Krieg gegen den Aggressor Russland gewinnt; Investitionen in den Sieg, den Wiederaufbau und die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine sind Investitionen in die langfristige Sicherheit unseres Kontinents
- Umsetzung des Strategischen Kompasses der EU, der Europäischen Strategie für die Verteidigungsindustrie (EDIS) und des dazugehörigen Programms für Europäische Verteidigungsinvestitionen (EDIP)
- Ziel der Verbesserung der europäischen Verteidigungsfähigkeit im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ausreichend berücksichtigen und entsprechende Programme mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten
- Eigenständige EU-Ratsformation für Verteidigungsfragen etablieren
- Einen EU-Kommissar bzw. eine Kommissarin für Verteidigungsfragen mit der alleinigen Aufgabe betrauen, die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie und der gemeinsamen militärischen Entwicklung und Beschaffung voranzutreiben sowie innerhalb der Europäischen Kommission die entsprechenden Aktivitäten zu bündeln
- Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck („dual use“) erleichtern und ausweiten: ausschließliche Ausrichtung auf zivile Anwendungen in ausgewählten Segmenten des Nachfolgeprogramms von „Horizont Europa“ abschaffen, Einrichtung einer europäischen Agentur für Forschungsprojekte im Sicherheits- und Verteidigungsbereich in Anlehnung an das erfolgreiche Modell der U.S. Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) prüfen
- Förderung von Freiheit, Menschenrechten, Demokratie und humanitärer Hilfe durch die EU ausbauen – auch im Interesse der Gewährleistung von Sicherheit; Antisemitismus weiter entschieden bekämpfen; Europarat als wichtige Institution zur Wahrung der Menschenrechte stärken

Innere Sicherheit gewährleisten und irreguläre Migration begrenzen

- Europol zu einem europäischen FBI ausbauen

- Bedrohungen im Cyberraum sowie hybriden Einflussnahmen entschieden entgegnet – durch Aufbau einer europäischen Cyberbrigade und verstärkte Abwehrmaßnahmen gegen hybride Bedrohungen
- Die europäische Grenzschutzagentur Frontex in eine echte Grenzpolizei und Küstenwache an den europäischen Außengrenzen weiterentwickeln, Außengrenzen der EU effektiv schützen
- Islamistischen Terrorismus und politischen Islam bekämpfen sowie ausländische Einflussnahme auf europäische Muslime zurückdrängen
- EU-Migrations- und Asylpolitik: neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) rasch umsetzen, Konzept sicherer Drittstaaten bei Asyl einführen und im Einklang mit internationalem Flüchtlingsrecht und -schutz umsetzen, Standards bei der Versorgung Schutzbedürftiger europaweit möglichst umfassend angleichen, Abkommen mit Transit- und Herkunftsstaaten im „Team Europe“-Ansatz abschließen
- Bis zu einem effektiven Schutz der EU-Außengrenzen den unbefristeten sicheren Schutz nationaler Grenzen ermöglichen und ausdrücklich klarstellen, dass Personen, die aus einem Mitgliedstaat der EU oder einem anderen sicheren Drittstaat einreisen wollen und bereits dort einen Asylantrag gestellt haben oder hätten stellen können, zurückgewiesen werden können
- Schwere Straftäter und Gefährder müssen in Ausreisearrest genommen werden können
- Zur Bekämpfung des Menschenhandels länderübergreifend ein Sexkaufverbot in der EU einführen

Wohlstand sichern – durch eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft als Voraussetzung für ein starkes und souveränes Europa

- Neben dem europäischen „Green Deal“ den Fokus nun stärker auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsimpulse legen – mit einem „Deal für Wettbewerbsfähigkeit“; notwendige Regulierung praxistauglich und bezahlbar ausgestalten und umsetzen
- Einen EU-Kommissar bzw. eine EU-Kommissarin möglichst auf (Exekutiv-) Vizepräsidentenebene mit der Koordinierung und Umsetzung eines neuen „Deal für Wettbewerbsfähigkeit“ betrauen
- Klares Bekenntnis zum Markt als Koordinierungsmechanismus und zu den Prinzipien der Marktwirtschaft
- Europäische Klimaziele praxistauglich umsetzen, insbesondere durch Ausbau des marktwirtschaftlichen Emissionshandelssystems als zentrales

klimapolitisches Instrument und Freisetzung von Investitionen in Innovationen für saubere Technologien

- Europäisches Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (EU-ETS 2) erfolgreich starten und perspektivisch mit Emissionshandelssystem für Industrie und Energie (EU-ETS 1) zum zentralen Steuerungsinstrument schrittweise zusammenführen
- Marktwirtschaftliche Ansätze der Kreislaufwirtschaft konsequent ausbauen und Potenziale des CO₂-Kreislaufs mittels Technologien für CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage/CCS) sowie Abscheidung und Nutzung von Kohlenstoff (Carbon Capture and Utilization/CCU) heben
- EU-Binnenmarkt weiterentwickeln und vertiefen
- Kapitalmarktunion vollenden
- Projekte von sog. besonderem gemeinsamen europäischen Interesse (Important Projects of Common European Interest/IPCEI) schneller genehmigen
- Weitere Schritte hin zu einer Energieunion gehen – für Energiesicherheit und -souveränität unseres Kontinents
- Europäischen Mittelstandsbeauftragten mit starken Gestaltungsrechten ausstatten
- Verbindlicher Aktionsplan für weniger Bürokratie und Regulierung: Belastungsstopp, „One in, two out“-Prinzip, unabhängiger europäischer Normenkontrollrat, verbindlicher EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check, nach innen und außen gerichtete belastbare Wirkungs- und Folgeabschätzungen (Impact Assessments) vor jedem Regulierungsvorschlag, bürokratische Belastungen auch für Wissenschaft und Forschung substanziell reduzieren
- Wirkfähigkeit der EU-Taxonomie und Nachhaltigkeitsberichterstattung verbessern, um Aufwand für Unternehmen deutlich zu reduzieren; soziale Taxonomie derzeit nicht weiterverfolgen
- In der Kreislaufwirtschafts- und Chemikalienpolitik (z.B. Regulierung von per- und polyfluorierten Chemikalien/PFAS) differenzierten und risikobasierten Ansatz verfolgen anstelle pauschaler Verbote
- Öffentliche Beschaffungen erleichtern
- EU-Handelspolitik stärker an strategischen Interessen ausrichten, Überfrachtung der Handelspolitik mit sachfremden Themen vermeiden, Freihandelsabkommen künftig verstärkt als „EU only“-Abkommen verabschieden, neue

europäische Initiative für den Abschluss von Freihandelsabkommen, Vereinbarung von Rohstoffpartnerschaften, Einsatz für Schutz geistigen Eigentums

- Rolle der EU als demokratische Wertegemeinschaft in der Entwicklungszusammenarbeit ausbauen: Stärkung der „Global Gateway“-Initiative und des „Team Europe“-Ansatzes einschließlich eines besonderen Fokus auf die Mobilisierung privatwirtschaftlicher Investitionen
- Auf Technologieoffenheit und Wettbewerb setzen, Zulassungsfähigkeit von Neuwagen mit sauberem Verbrennungsmotor über das Jahr 2035 hinaus ermöglichen, Einsatz für realitätstaugliche Grenzwerte und Emissionsnormen zum Erhalt der Mobilität
- Bessere Investitionsbedingungen für pharmazeutische Industrie schaffen, Ziel einer europäischen Gesundheitsunion verfolgen, gemeinsame Aktivitäten für Gesundheitssicherheit und internationale Krisenvorsorge unterstützen
- Mehr Fokus auf Forschung, Innovation und Schlüsseltechnologien – für mehr technologische Souveränität Europas; in der EU endlich insgesamt 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung investieren
- Unternehmer- und Gründergeist in Europa stärken und unseren Kontinent durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen als führenden Wagniskapital- und Start-up-Standort positionieren
- Für ein starkes, wettbewerbsfähiges und souveränes Europa im digitalen Raum; in der digitalen Wirtschaft und bei technologischen Entwicklungen so viel Freiheit wie möglich und nur so viel Regulierung wie nötig
- Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente im Bereich der beruflichen Bildung vereinfachen, digitalisieren und besser abstimmen – auch als Beitrag zur Fachkräftesicherung für unsere europäische Wirtschaft und zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit; MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in Europa weiter ausbauen
- EU-Programm Erasmus+ stärken – auch mit Blick auf die für eine starke europäische Wirtschaft unerlässliche Steigerung internationaler und interkultureller Kompetenzen; europäischen Jugendaustausch ausbauen
- Neue Wege für legale Erwerbszuwanderung aus Nicht-EU-Staaten schaffen – zur Stärkung unserer Volkswirtschaften und Steigerung der Attraktivität der EU für (hoch-) qualifizierte Fachkräfte
- Für eine Kohäsionspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und eine gleichmäßige Entwicklung aller europäischen Regionen fördert

Für eine leistungsstarke Landwirtschaft in Europa

- Ernährungssicherheit und verlässliche wirtschaftliche Perspektiven für Landwirte als Prioritäten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)
- Bürokratiemoratorium für die Land- und Forstwirtschaft
- Schutzstatus des Wolfes absenken
- Investitionen in die Landwirtschaft als Hightech-Branche unterstützen und Vorteile neuer Züchtungstechnologien wie CRISPR/Cas9 für Ernährungssicherung, Klimaresilienz, Ertragssteigerung und Ressourceneffizienz durch Anpassung des europäischen Rechtsrahmens nutzbar machen

Für eine solide und stabilitätsorientierte Fiskalpolitik

- Die zur Erfüllung der EU-Aufgaben erforderlichen Finanzmittel im regulären EU-Haushalt und Mehrjährigen Finanzrahmen konsequent priorisieren und Ausgaben streng wirkungsorientiert im Rahmen der bestehenden regulären Mittel einsetzen
- Bessere Rahmenbedingungen zur Mobilisierung von privatem Kapital schaffen, um damit u.a. auch Investitionen durch die Europäische Investitionsbank (EIB) zu erleichtern
- Nein zu einer weiteren Vergemeinschaftung von Schulden und Haushaltsrisiken in der EU
- Neuen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ohne Ausnahme bereits ab 2024 konsequent anwenden und bei der Methodik zur Schuldentragfähigkeitsanalyse keine neuen Verschuldungsspielräume für die Mitgliedstaaten schaffen
- Forderung nach Vorlage eines Rückzahlungsplans durch die Europäische Kommission für die im Rahmen des europäischen Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ bereits aufgenommenen Schulden
- Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) weiterhin wahren und Geldwertstabilität als prioritäres Ziel erhalten

Innere Reformen der EU zur Stärkung ihrer Handlungs- und Aufnahmefähigkeit vorantreiben sowie EU-Erweiterungspolitik neu ausrichten

- Begrenzte Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU auf bestimmte Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, wie z.B. die Verhängung von Sanktionen

- Subsidiaritätsprinzip stärken, einschließlich frühzeitiger Berücksichtigung des Systems kommunaler Selbstverwaltung
- Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit im Sinne eines „Europas der Pioniere“ und des Konzepts des „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ stärker nutzen
- Diskontinuitätsprinzip auf EU-Ebene verbindlich verankern
- EU-Erweiterungspolitik neu ausrichten: schrittweiser Integrationsansatz über Zwischenstufen ohne Abstriche bei den Beitrittskriterien

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Thorsten Frei MdB
Alexander Hoffmann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin